

Protokollauszug **Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 19.03.2025**

**Zu Ö 7 Haselsteig: Umwidmung zum verkehrsberuhigten Bereich und Entsiegelung (Antrag der GRÜNEN-Fraktion in der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 21.03.2024)
geändert beschlossen
FB 68/0160/WP18**

Frau Penalosa teilt mit, der Antrag gelte für ihre Fraktion nicht als behandelt. Sie bezieht sich auf die Ausführungen zum Thema in der Einwohnerfragestunde, wonach die Straße von vielen Kindern zum Spielen genutzt werde, und bittet die Verwaltung um Prüfung weiterer Möglichkeiten, z.B. ob die Straße als „Spielstraße“ ausgewiesen werden könne.

Herr Dr. Otten findet die Vorlage im Hinblick auf die entstehenden Kosten akzeptabel. Es handele sich hier um eine Sackgasse. Einer Prüfung weiterer Möglichkeiten könne man sich aber anschließen.

Herr Moselage merkt an, im Hinblick auf die Haushaltslage sollte kein Ausbau der Straße und keine Entsiegelung erfolgen. Die Straße könnte als „Spielstraße“ ausgeschildert werden.

Herr Deloie spricht sich für eine Beschilderung der Straße als „Spielstraße“ bzw. „verkehrsberuhigter Bereich“ aus. Für einen Umbau der Straße „Haselsteig“ Ressourcen zu binden, die für andere Maßnahmen mit hoher Priorität eingesetzt werden könnten, lehnt er ab. Darüber hinaus bittet er die Verwaltung, zu prüfen, ob mit den vorgeschlagenen Maßnahmen Kosten für die Anlieger*innen verbunden seien.

Herr Weiser erläutert die Vorlage und weist bezogen auf die Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen auf den Standard hin, den die Verwaltung erarbeitet habe. Man empfehle, einen verkehrsberuhigten Bereich nur dann einzurichten, wenn er den Zielen des Standards folge. Ob es hier auch andere Möglichkeiten gebe, nehme er zur Prüfung mit.

Herr Deloie macht folgenden Beschlussvorschlag, über den Frau Conradt abstimmen lässt:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Sie beauftragt die Verwaltung, die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches ohne Umbau zu prüfen und wenn möglich, einzurichten. Im Falle einer Kostenänderung für die Anlieger*innen bzw. Anwohner*innen möge die Verwaltung diese Information der Bezirksvertretung noch mal vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig